

Wirtschaft



Schwere Partie: Unfaire Praktiken im Bauneben-gewerbe »Seite 8

7

ATX 3246,37 (+0,65%) Euro/Dollar 1,1109 (-0,27%) Gold (\$/Unze) 1486,11 (-1,36%) Dow Jones (Eröffnung) 27.504,81 (+0,16%)

Bauen soll grüner werden

Eine Bremse bei Bodenfraß, Zersiedelung und Bodenversiegelung soll ein neues Raumordnungsgesetz bringen. Die Baupraxis im Lande müsste sich ändern.



Fotos: Colourbox, vowe (3)

VON JOSEF LEHNER

LINZ. Österreich hat mit 1,66 Quadratmetern je Einwohner schon mehr Einzelhandelsfläche als jedes andere EU-Land; der Schnitt liegt bei 1,18. Trotzdem werden laufend neue Märkte gebaut und dabei Grünflächen zubetoniert. In Oberösterreich warten die Händler nun gespannt, ob die Landesregierung mit einer Novelle zum Raumordnungsgesetz den Bodenverbrauch einschränken wird.

Der Entwurf sei in der finalen Phase und werde demnächst präsentiert, teilte das Büro des zuständigen Landesrates, Markus Achleitner, den OÖN mit. Die Vertreter verschiedenster Lager fordern seit Jahren mit wachsender Heftigkeit, die Zersiedelung und den Bodenfraß zu stoppen. „Nur zu bremsen, ist zu wenig, ein Stoppschild muss her“, sagt der Linzer Architekt Markus Rabengruber. Seine 90 Experten umfassende Gruppe „Fairplanning“ hat ebenso wie ihre Kammervertretung von der Landesregierung eine neue Raumordnung verlangt.

Die Landwirtschaft fordert, mit dem Schutz der Agrarflächen die Ernährungssouveränität zu sichern. „Wir kennen flächendeckend die Fakten zu allen Böden“,



„Der nachhaltige Umgang mit dem Boden ist die wichtigste Voraussetzung, um die Eigenversorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln zu sichern.“

Michaela Langer-Weninger, Präs. OÖ Landwirtschaftskammer



„Mit der Novelle muss klar sein, dass die Expansion in die Fläche gestoppt ist. Der geordnete Rückzug in die Zentren muss erfolgen, Sanierung statt Neubau muss gefördert werden.“

Markus Rabengruber, Architekt



„Viele Kunden wollen nicht in Tiefgaragen fahren. Die fahren dann zum nächsten Supermarkt mit Parkplatz im Freien. Das verzerrt den Wettbewerb.“

Jakob Leitner, Spar OÖ

sagt Martin Donat, der Umweltanwalt des Landes: „Es müssen jetzt in allen Gemeinden Vorrangflächen festgelegt werden, um die Agrargründe verbindlich vor Verbauung zu schützen.“

Tiefgarage statt Freiparkplatz

Bei Verkaufsmärkten sollten statt Parkzonen im Freiland Tiefgaragen oder Parkdecks auf Dächern vorgeschrieben werden. Eingeschoßige Handelsflächen seien zu untersagen, um Bauland zu sparen. Die Handelskonzerne bauen schon jetzt in Innenstädten mehrgeschosig, also wo Baugrund

knapp und teuer ist. Der Diskonter Lidl etwa hat „Multi-Use-Filialen“ mit Überbauungen, in denen Büros, Kindergärten oder auch Wohnungen untergebracht sind. „Solche Filialen brauchen nur halb so viel Platz, sind aber aufwändig im Bau“, teilt Lidl den OÖN mit.

Es seien die Kunden entscheidend, sagt Jakob Leitner, Direktor von Spar Oberösterreich, und von denen wollten viele keine Tiefgaragen. Die würden zum nächsten Freiparkplatz fahren: „Das verzerrt dann den Wettbewerb.“

Es geht aber nicht nur um Handelsbauten, sondern generell um

die Bauwut im Grünland. Neubauten dürften dort nicht mehr mit Gratis-Infrastruktur gefördert werden, sagen die Fairplanning-Architekten. „In Südtirol muss in den Zentren gebaut werden“, sagt Rabengruber. Da lägen genügend Immobilien brach: „Wohnen, Arbeiten und Freizeit gehören wieder verknüpft, der Zwang zur Automobilisierung, den die Zersiedelung verursacht hat, beseitigt.“ Umweltanwalt Donat verlangt klare Regeln statt bloßer Anreize. Um regionale Begehrlichkeiten auszuscheiden, sei die Kompetenzverteilung im Land neu zu regeln.

KOMMENTAR

VON JOSEF LEHNER



Neu ordnen

In Oberösterreichs Raumordnung werde immer nur ein wenig an Schraubchen gedreht. Nötig sei jedoch eine Neuordnung bei der Nutzung des Landes, sagt Martin Donat, der Umweltanwalt. Der Bodenverbrauch, die Zersiedelung, die Versiegelung der Flächen, das Sterben der Zentren haben bedrohliche Ausmaße erreicht. Die

Zerrissen zwischen Gruppeninteressen

Gemeindepolitik ist überfordert, oft zerrissen zwischen unterschiedlichen Interessenlagen. Wo es um persönliche Begehrlichkeiten geht, hat wenig Bedeutung, Natur, Klima oder Ernährung zu sichern. Ein geordneter Raum könnte sich nicht nur positiv für die Umwelt auswirken, sondern auch für die Gesellschaft, für das Zusammenleben. Die Orts- und Stadtzentren gehören neu entwickelt und zum begehrten Lebensraum gemacht. So nebenbei würden die Infrastrukturkosten sinken, würde der Bauwirtschaft neue Wertschöpfung ermöglicht.

Beliebig Grünland zu verbauen, ist die einfachste Lösung. Es wird sich zeigen, ob die Landespolitik nun Gesetzeskosmetik betreiben oder kräftiger eingreifen wird. Wenn Mut oder Wille zur Wende nicht reichen, sollten regionale Modellversuche erlaubt werden.

✉ j.lehner@nachrichten.at

ÜBERBLICK

Brau Union verteuert Bier

LINZ. Die Brau Union Österreich gibt ihre Kostensteigerungen an die Kunden weiter und erhöht die Bierpreise ab 1. Dezember um 2,5 Prozent. Eine Kiste Zipfer-Bier kostet beispielsweise statt 32 Euro dann 32,80 Euro.

Lufthansa: Streik?

FRANKFURT. Vor dem für Donnerstag und Freitag angekündigten Streik der Flugbegleiter der Lufthansa lud Lufthansa-Chef Carsten Spohr die Gewerkschaftsvertreter doch noch zu einem Gespräch. Es soll Mittwoch Abend stattfinden.

Kulterer sitzt wieder

KLAGENFURT. Der ehemalige Vorstandschef der Kärntner Hypo, Wolfgang Kulterer, sitzt seit Montag wieder im Gefängnis. Er hatte eine Zusatzstrafe von zwei Jahren, sieben Monaten und zehn Tagen erhalten, weil er einen 70-Millionen-Euro-Kredit ohne Sicherheit vergeben hatte. Insgesamt wurde er wie sein Kollege Günter Striedinger zu neun Jahren verurteilt.

■ Börse Seite 23

Refco-Prozess: Bawag-Manager als Opfer?

Ex-Bawag-Chef Zwettler ist auch im Untreue-Prozess um 350 Millionen Euro verhandlungsunfähig

WIENER NEUSTADT. Der erste Verhandlungstag im Prozess rund um einen 350 Millionen Euro schweren „Blitzkredit“ der Bawag an den ehemaligen US-Broker Refco hat am Landesgericht Wiener Neustadt ohne den Hauptangeklagten, Ex-Bawag-Chef Johann Zwettler, begonnen. Der 78-Jährige ist bis auf Weiteres verhandlungsunfähig. Bereits im Prozess rund um die Karibik-Geschäfte hatte Zwettler fünf Jahre Haft bekommen, war aber

wegen der genannten Gründe haftunfähig und bisher nie im Gefängnis gewesen.

Nun werden erneut Altlasten der Ex-Bank des ÖGB aufgearbeitet. Neben Zwettler sind die beiden früheren Vorstandsmitglieder Peter Nakowitz und Christian Büttner sowie ein weiterer Ex-Manager der Bank angeklagt. Allen vier Angeklagten wird Beitrag zum schweren Betrug sowie Untreue vorgeworfen. Alle bekannten sich am Diens-

tag für nicht schuldig. Der sogenannte „Blitzkredit“ wurde im Oktober 2005 – an einem Sonntag – von der damaligen Gewerkschaftsbank Bawag an das US-Unternehmen Refco vergeben. Nur einen Tag später meldete Refco Konkurs an, das Geld aus dem Kredit konnte nicht wieder zurückgeholt werden.

Weiters hätten die Angeklagten Beihilfe zum Betrug durch Refco-Chef Phillip Bennett geleistet, führte die Staatsanwältin weiter aus.

Denn sie hätten dabei geholfen, die Vermögenslage der Refco zu schönen, und so den damaligen Refco-Käufer, das New Yorker Investmenthaus Thomas H. Lee Partners, über die tatsächliche Finanzlage in dem US-Unternehmen getäuscht.

Die Verteidigung stellt das anders dar. Die Bawag-Manager seien selbst Opfer gewesen und von Bennett getäuscht worden. „Der Meisterbetrüger“ Bennett habe auch Bill Gates über den Tisch gezogen.